

**ANFRAGE** von Mario Fehr (SP, Adliswil), Bettina Volland (SP, Zürich) und Dr. Anna Maria Riedi (SP, Zürich)

betreffend Haltung des Zürcher Regierungsrates zur Verbesserung der rechtlichen Situation der gleichgeschlechtlichen Paare in der Schweiz

---

1995 wurde der Bundesversammlung eine von über 85'000 Personen unterzeichnete Petition übergeben, mit welcher das Parlament aufgefordert wurde, die rechtliche Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare zu beseitigen. In der Folge überwies der Nationalrat ein Postulat, mit dem der Bundesrat eingeladen wurde zu prüfen, welche Massnahmen zur Beseitigung der rechtlichen Probleme gleichgeschlechtlicher Paare getroffen werden könnten. In einem vom Bundesamt für Justiz erstellten Bericht werden jetzt verschiedene Lösungsvarianten erörtert, wobei die vorgeschlagenen Lösungen von punktuellen Gesetzesanpassungen über die Schaffung einer registrierten Partnerschaft bis hin zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare reichen. Der Regierungsrat wurde in der Folge eingeladen, sich im Rahmen einer Vernehmlassung zu diesen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung zu äussern. Wir fragen den Regierungsrat an:

1. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass die rechtliche Situation gleichgeschlechtlicher Paare in der Schweiz diskriminierend ist und dass deren Situation dringend einer Verbesserung bedarf?
2. Ist der Regierungsrat bereit, sich im Rahmen seiner Vernehmlassung und darüber hinaus für eine echte Besserstellung gleichgeschlechtlicher Paare einzusetzen? Befürwortet er eine registrierte Partnerschaft oder die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare?
3. Ist der Regierungsrat überdies bereit, zur Verbesserung der rechtlichen Situation der gleichgeschlechtlichen Paare die Zusammenarbeit mit denjenigen Organisationen zu suchen, welche deren Interessen vertreten?

Mario Fehr  
Bettina Volland  
Dr. Anna Maria Riedi